

2420/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Haigermoser, Böhacker,  
und Kollegen

an den Bundeskanzler

betreffend Vereinfachungen im Bereich der Statistik

Derzeit müssen von den Unternehmen eine Vielzahl von statistischen Daten erhoben und dem Statistischen Zentralamt übermittelt werden. Der Umfang dieser Meldepflichten führt zu einer enormen Belastung der Betriebe.

Eine Deregulierung in diesem Bereich setzt voraus, daß die Notwendigkeit der bestehenden Meldepflichten geprüft wird. Sie muß dazu führen, daß der Umfang der meldepflichtigen Daten verringert und die Unternehmen auf diese Weise von aufwendigen Erhebungen entlastet werden.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler die nachstehende

ANFRAGE

1. Welche Meldepflichten haben die Unternehmen (gewerbliche Wirtschaft, freie Berufe, Land- und Forstwirtschaft, sonstige Bereiche) derzeit gegenüber dem Statistischen Zentralamt zu erfüllen?
2. In welchen Intervallen sind die Meldepflichten zu erfüllen?
3. Auf welcher Rechtsgrundlage basieren die einzelnen Meldepflichten?

4. Wird die Notwendigkeit der einzelnen Meldepflichten sowie der Intervalle in einem besonderen Verfahren geprüft?

Wenn ja, auf welche Weise?

Wenn nein, warum nicht?

5. Können Sie die jährliche Belastung der Unternehmen, insbesondere den finanziellen Aufwand durch Bindung von Arbeitskapazität, der durch die Meldepflicht erwächst, zumindest schätzungsweise beziffern?

Wenn ja, wie kann diese Belastung ermittelt werden?

Wenn nein, wie können Sie es verantworten, daß der Wirtschaft enorme Belastungen aufgetragen werden, ohne daß der Umfang der Belastungen bedacht wird?

6. Werden Sie veranlassen, daß

a) die Zahl der Meldepflichten zu verringert wird,

b) die Meldepflichten vereinfacht werden,

c) die Intervallen verändert werden,

d) sonstige Vereinfachungen im Bereich der Meldepflichten vorgenommen werden, um die daraus für die Unternehmen erwachsenden Belastungen zu verringern?

Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen sind geplant?

Wenn nein, warum nicht?

7. Sind Sie diesbezüglich bereits an andere Mitglieder der Bundesregierung mit einer Initiative herangetreten?

Wenn ja, an welche, mit welchem konkreten Vorschlag und mit welchem Ergebnis?

Wenn nein, warum nicht?